

(1)

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses der Stadt
Lüdenscheid
am 23.06.2026
im Ratssaal**

1

Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Mike Diepenbeck
Herrn Karsten Greth

Herr Michael Tschöke

Schriftführung:

Frau Regina Rudolf

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Lenia Sommer

SPD

Herr Max Jalaly

Die Linke

Herr Daniel Riegel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Birgit Anna Anders

Fraktionslos

Beratende Mitglieder Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration:

Herr Jamal Fourka

Internationale

Liste der SPD

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:27 Uhr

1. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern / Integrationsratsmitgliedern / Ausschussmitgliedern

Die Verpflichtungen von allen bisher nicht verpflichteten Ratsmitgliedern und Sachkundigen Bürgern erfolgen in der vorgesehenen Form.

2. Öffentliche Fragestunde

Keine.

**3. Strukturelle Neuausrichtung des Programms „Stärkung der Basiskompetenzen – Förderung der Schulfähigkeit“
Vorlage: 184/2026**

Herr Diepenbeck erläutert den Ausschussmitgliedern die Vorlage 184/2026 zur strukturellen Neuausrichtung des Programms „Stärkung der Basiskompetenzen – Förderung der Schulfähigkeit“. Er stellt die wesentlichen Inhalte der Vorlage in einem Kurzbericht vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Utsch erkundigt sich, ob das Programm künftig parallel zu den sogenannten ABC-Klassen fortgeführt werden solle oder ob eine Zusammenführung vorgesehen sei.

Herr Diepenbeck teilt hierzu mit, dass beide Maßnahmen im Falle einer Fortführung aufeinander abgestimmt und Hand in Hand umgesetzt werden müssten. Die konkrete Ausgestaltung sei im Rahmen des noch zu erarbeitenden Gesamtkonzeptes festzulegen.

Herr Ersching nimmt Bezug auf die vorgesehenen befristeten Stellen und fragt nach den Gründen für die Befristung.

Herr Diepenbeck erläutert, dass die Stellen zunächst befristet eingerichtet werden sollen. Ziel sei es jedoch, die Stellen perspektivisch unbefristet fortzuführen. Auf die Nachfrage von Herrn Ersching, ob von einer späteren Entfristung ausgegangen werden könne, erklärt Herr Diepenbeck, dass dies sein ausdrücklicher Wunsch sei.

Der Schulausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Beschluss:

- 1.) Zur langfristigen Sicherung des Programms „Stärkung der Basiskompetenzen – Förderung der Schulfähigkeit“ sowie zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendamt werden aus den bislang für Honorarkräfte eingesetzten Haushaltsmitteln zunächst zwei befristete Stellen mit einem Umfang von jeweils 0,5 VZÄ in Entgeltgruppe S 8b TVöD-SuE eingerichtet.
- 2.) Das Programm wird künftig unter der Bezeichnung „Basiskompetenzen stärken“ fortgeführt.

4. Einrichtung von Familiengrundschulzentren in Lüdenscheid; hier: Schaffung der organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen Vorlage: 194/2026

Herr Diepenbeck erläutert den Ausschussmitgliedern die Vorlage 194/2026 zur Einrichtung von Familiengrundschulzentren in Lüdenscheid und stellt die hierfür erforderlichen organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen in einem Kurzbericht vor.

Herr Oettinghaus begrüßt die geplante Einrichtung der Familiengrundschulzentren und erkundigt sich nach dem Stand der Förderentscheidung. Er fragt, wann mit einer Rückmeldung des Fördermittelgebers zu rechnen sei.

Herr Diepenbeck teilt hierzu mit, dass bislang noch keine Entscheidung vorliege. Die Gründe für die Verzögerung seien nicht bekannt. Seitens der Verwaltung werde jedoch mit einer Entscheidung vor den Sommerferien gerechnet.

Herr Cebir erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen nach Ablauf des Förderzeitraums im Jahr 2028/2029.

Herr Diepenbeck erläutert, dass das Projekt nach Auslaufen der Förderung beendet werden könne, sofern keine weitere Finanzierung vorgesehen werde.

Herr Haarhaus ergänzt, dass die hierfür vorgesehene Stelle auf die Dauer des Förderzeitraums befristet sei. Nach Ablauf der Förderung werde anhand der weiteren Entwicklung und der dann vorliegenden Sachlage über das weitere Vorgehen entschieden.

Der Schulausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu und empfiehlt diese zur weiteren Beschlussfassung.

Beschluss:

1. Für die kommunale Koordinierung der Familiengrundschulzentren in Lüdenscheid wird eine auf den Förderzeitraum befristete Stelle mit einem Stellenumfang von 0,5 VZÄ eingerichtet und in den Stellenplan aufgenommen. Die Stelle ist zunächst bis

zum 31.07.2029 zu befristen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für den kommunalen Eigenanteil im Rahmen der Förderung von Familiengrundschulzentren bereitzustellen und in die Haushalts- und Finanzplanung aufzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der Entscheidung des Fördermittelgebers über den bereits gestellten Antrag der Grundschule Tinsberg die für die Umsetzung des Familiengrundschulzentrums erforderlichen organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den weiteren am Startchancen-Programm teilnehmenden Grundschulen die Voraussetzungen für eine mögliche Ausweitung des Programms auf weitere Familiengrundschulzentren zu prüfen und bei entsprechendem Interesse der Schulen sowie Vorliegen der Fördervoraussetzungen weitere Förderanträge vorzubereiten.

5. Haushalt 2026/2027

Die Haushaltsansätze des Doppelhaushaltes wurden den Mitgliedern des Kuratoriums vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Adam nimmt Bezug auf die im Haushalt der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW) aufgeführten Maßnahmen und merkt an, dass keine zusammenfassende Übersicht der geplanten Maßnahmen vorliege. Er erkundigt sich insbesondere nach den investiven Maßnahmen am Standort Eulenweg der Adolf-Reichwein-Gesamtschule und fragt, seit wann diese geplant seien sowie in welchem Zeitraum die Räumlichkeiten hergerichtet werden sollen.

Herr Melzer erläutert hierzu, dass der Maßnahmenkatalog der ZGW zahlreiche Projekte umfasst und voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2035 vollständig abgearbeitet werden könne. Ratsfrau Schulte erkundigt sich, ob die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen tatsächlich erforderlich seien. Sie verweist hierbei auf die für die Parkstraße veranschlagten Kosten in Höhe von 165.000 Euro.

Herr Melzer teilt mit, dass die vorgesehenen Maßnahmen zunächst der Herrichtung von Lagerräumen dienen und nicht der Schaffung von Aufenthaltsräumen. Eine weitergehende Sanierung für eine spätere Nutzung sei davon unabhängig zu betrachten.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Schulte, ob die Schule zusätzliche Lagerräume benötige, erläutert Herr Melzer, dass hierfür ein entsprechender Bedarf bestehe und die Räume benötigt würden.

Ratsfrau Schulte fragt weiter, ob die Sanierung in diesem Umfang für den laufenden Schulbetrieb notwendig sei. Herr Melzer erklärt, dass die Räumlichkeiten andernfalls nicht mehr genutzt werden könnten und daher einer anderweitigen Nutzung zugeführt würden.

Frau Gromball merkt an, dass der hinter dem Gebäude befindliche Wald bereits abgeholzt worden sei. Herr Melzer teilt hierzu mit, dass dies allein nicht ausreichend sei.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung. Der Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1

6. Berichts- und Beschlusskontrolle - liegt keine vor

7. Sachstandsdarstellung zur aktuellen Situation der Offenen Ganztagsschulen (OGS) im Hinblick auf den stufenweisen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder Vorlage: 185/2026

Die Vorlage 185/2026 zur aktuellen Situation der Offenen Ganztagsschulen (OGS) im Hinblick auf den stufenweisen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Der Schulausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht zur Sachstandsdarstellung zur aktuellen Situation der Offenen Ganztagsschulen (OGS) im Hinblick auf den stufenweisen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zur Kenntnis.

8. Sachstandsbericht OGS-Ausbau Knapper Schule Vorlage: 153/2026

Die Vorlage 153/2026 zum Sachstand des OGS-Ausbaus an der Knapper Schule wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Der Schulausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

9. Erstellung von Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards (BQA) für kommunale Hochbaumaßnahmen Vorlage: 165/2026

Die Vorlage 165/2026 zur Erstellung von Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards (BQA) für kommunale Hochbaumaßnahmen wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht zur Erstellung von Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards (BQA) für kommunale Hochbaumaßnahmen zur Kenntnis und verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Bau- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10. Anpassung der Beschlusslage zur baulichen Entwicklung der Westschule

Herr Kettschau von der Stabsstelle Strategische Hochbauprojekte erläutert den Ausschussmitgliedern die Vorlage 166/2026 zur Anpassung der Beschlusslage zur baulichen Entwicklung der Westschule. Die wesentlichen Inhalte werden anhand einer Präsentation von Frau Langmesser und Herrn Kettschau vorgestellt. Aufkommende Fragen der Ausschussmitglieder werden unmittelbar beantwortet.

Im Rahmen der Aussprache wird ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung der Entscheidung gestellt.

Herr Oettinghaus teilt mit, dass er die CDU-Vorlage zunächst innerhalb der Fraktion beraten möchte und spricht sich gegen eine unmittelbare Weiterleitung an den Finanzausschuss aus.

Herr Adam greift diesen Vorschlag auf und regt die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung an.

Herr Haarhaus erläutert, dass derzeit kein entgegenstehender Ratsbeschluss vorliege. Die Verwaltung unterbreite aufgrund neuer Erkenntnisse eine von der bisherigen Beschlusslage abweichende Empfehlung. Maßgeblich hierfür seien insbesondere zwischenzeitlich festgestellte Kostenentwicklungen, zeitliche Aspekte sowie zusätzliche Erkenntnisse hinsichtlich vorhandener Schadstoffe. Die Machbarkeitsstudie habe sich dadurch wesentlich verändert. Es gehe daher nicht allein um die Kostenentwicklung, sondern auch um die baulichen und zeitlichen Rahmenbedingungen des Projektes.

Herr Ersching erklärt, dass die Fraktion Die Linke die Vertagung mittrage. Eine künstliche Verzögerung des Verfahrens lehne man jedoch ab. Ziel müsse eine schnellstmögliche Entscheidung nach Vorliegen der noch offenen Informationen sein.

Der Antrag auf Vertagung wird mehrheitlich beschlossen. Die Mitglieder der AfD-Fraktion enthalten sich der Stimme.

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung vertagt. Über die Beschlussvorlage 166/2026 wird in der nächsten Finanzausschusssitzung am 02.07.2026 erneut beraten. Die Verwaltung wird gebeten, die noch offenen Fragestellungen vorab zu beantworten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. die notwendigen Schritte einzuleiten, um das historische Schulgebäude der Westschule an der Kölner Straße einer vollumfänglichen Schadstoffsanierung zu unterziehen, bis auf den Rohbau zurückzubauen und anschließend eine nachhaltige energetische Generalsanierung durchzuführen. Dabei ist ein KfW-Effizienzgebäude-55-Standard anzustreben. Der Ratsbeschluss vom 07.07.2025 (Beschlussvorlage Nr. 176/2025) wird aufgehoben.
2. auf dem Grundstück eine Einfach-Sporthalle im KfW-Effizienzgebäude-40-Standard zu errichten. Die sanitären Anlagen für den Außenbereich sind hierbei in den Neubau der Sporthalle zu integrieren. Das bestehende WC-Häuschen ist zurückzubauen.
3. das im Rahmen der Phase Null definierte pädagogische Raumkonzept im Zuge der Generalsanierung und Neustrukturierung des Bestandsgebäudes heranzuziehen.
4. abweichend zum Ratsbeschluss Beschlussvorlage Nr. 331/2025 die Planungsleistungen durch einen Generalplaner und die bauliche Umsetzung durch Einzelgewerkvergaben (Schule) und Generalunternehmer (Sporthalle) durchführen

zu lassen. Dem dafür erforderlichen Vergabeverfahren (Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb) wird vorab zugestimmt.

**11. Neubau der Grundschule Lösenbach – Integration der Ergebnisse der „Phase Null“ in die weitere Projektumsetzung
Vorlage: 167/2026**

Herr Lauff von der Stabsstelle Strategische Hochbauprojekte stellt den Ausschussmitgliedern die Vorlage 167/2026 zum Neubau der Grundschule Lösenbach vor. Dabei erläutert er insbesondere die Integration der Ergebnisse der „Phase Null“ in die weitere Projektumsetzung. Die wesentlichen Inhalte werden anhand einer Präsentation von Frau Sonnenschein und Herrn Lauff vorgestellt.

Ergänzend erläutern Vertreterinnen und Vertreter der Schule weitere Inhalte der Präsentation und berichten über die im Rahmen der Phase Null erarbeiteten pädagogischen Anforderungen und Zielsetzungen.

Herr Cebir erkundigt sich, welche Personengruppen an der Phase Null beteiligt gewesen seien.

Herr Lauff teilt hierzu mit, dass Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte sowie Mitarbeitende der Offenen Ganztagschule (OGS) in den Beteiligungsprozess eingebunden gewesen seien und ihre Anregungen in die Planung eingeflossen seien.

Ratsherr Hellwig fragt nach, ob ein gemeinsamer Abstimmungsprozess zwischen den Projekten Westschule und Grundschule Lösenbach stattgefunden habe, um mögliche Synergien bei der Planung zu nutzen.

Herr Ketschau erläutert, dass dies bewusst nicht erfolgt sei. Die Phase Null werde für jede Schule individuell durchgeführt, da jede Schule eigene pädagogische und räumliche Anforderungen habe. Zwar gebe es in einzelnen Bereichen ähnliche Ansätze, die Ergebnisse seien jedoch aufgrund der unterschiedlichen Bedarfe nicht identisch.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das im Rahmen der Phase Null definierte pädagogische Raumkonzept als Grundlage für die weiteren Schritte der baulichen Umsetzung heranzuziehen.

**12. Grundschule Lösenbach – Sachstandsbericht zu den Bestandsuntersuchungen des Lehrschwimmbeckens und der Turnhalle
Vorlage: 168/2026**

Die Vorlage 168/2026 zum Sachstand der Bestandsuntersuchungen des Lehrschwimmbeckens und der Turnhalle der Grundschule Lösenbach wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Herr Ersching weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit einem möglichen Abriss des Sporthallentraktes berücksichtigt werden müsse, dass hierdurch weitere Sporthallenflächen vorübergehend nicht zur Verfügung stünden.

Herr Haarhaus erläutert hierzu, dass zunächst die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen abzuwarten seien. Nach derzeitigem Stand werde davon ausgegangen,

dass bis zur Umsetzung der Maßnahme ausreichend Sporthallenkapazitäten zur Verfügung stehen beziehungsweise entsprechende Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden können.

Der Schulausschuss nimmt die Vorlage einstimmig zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13. Fortschreibung Schulentwicklung; hier: Entwicklung der Schülerinnen und Schüler an den Lüdenscheider Grundschulen Vorlage: 186/2026

Die Vorlage 186/2026 zur Fortschreibung der Schulentwicklung mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung der Schülerinnen und Schüler an den Lüdenscheider Grundschulen wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Ratsfrau Tadday-Schlichting bedankt sich für den ausführlichen Bericht und merkt an, dass die Klassenbildungen an den einzelnen Grundschulen teilweise sehr unterschiedlich ausfielen. Sie erkundigt sich, ob es hierzu weitere Erkenntnisse oder Überlegungen gebe, um künftig besser mit dieser Entwicklung umzugehen.

Herr Diepenbeck fragt nach, ob damit die Einführung eines Richtwertes für die Klassenbildung oder eine andere Steuerungsmöglichkeit gemeint sei.

Ratsfrau Tadday-Schlichting verweist in diesem Zusammenhang auf eine mögliche Anpassung von Schuleinzugsgebieten.

Herr Diepenbeck teilt hierzu mit, dass entsprechende Überlegungen geprüft werden müssten.

Der Schulausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht zur Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen und Einschulungsjahrgängen im Grundschulbereich zur Kenntnis.

14. Mündlicher Bericht der Schulen

Keine.

15. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

15.1. Bekanntgaben

15.1.1. Projektstand zur Einrichtung der Zentralen Elternbeitragsstelle (ZEBS)

Der aktuelle Projektstand zur Einrichtung der Zentralen Elternbeitragsstelle (ZEBS) wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Ratsfrau Tadday-Schlichting äußert sich irritiert darüber, dass der Tagesordnungspunkt erneut behandelt werde, da bereits in der Sitzung im März über die Einrichtung der ZEBS berichtet worden sei.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass der aktuelle Sachstand erneut zur Kenntnisnahme vorgelegt werde.

Der Schulausschuss nimmt den Bericht zum Projektstand der Einrichtung der Zentralen Elternbeitragsstelle (ZEBS) zur Kenntnis.

15.1.2. Schulabschlusskurse an der VHS

Herr Tschöke und Frau Martin berichten den Ausschussmitgliedern über die Schulabschlusskurse der Volkshochschule. Herr Tschöke erläutert die aktuellen Teilnehmerzahlen sowie die Entwicklung der verschiedenen Bildungsangebote zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen.

Dabei hebt er die Bedeutung der Schulabschlusskurse für die Bildungs- und Teilhabechancen der Teilnehmenden hervor. Die Angebote würden weiterhin gut angenommen und stellten einen wichtigen Baustein der Erwachsenenbildung in Lüdenscheid dar.

Frau Martin ergänzt den Bericht anhand einer Präsentation und informiert über die aktuellen gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Rahmenbedingungen der Schulabschlusskurse. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt, jedoch nicht mit der Niederschrift versandt.

Ratsfrau Tadday-Schlichting erkundigt sich nach der Unterrichtsform und fragt, ob die Kurse in Präsenz oder online durchgeführt werden.

Frau Martin teilt hierzu mit, dass der Unterricht ausschließlich in Präsenz stattfindet.

Auf weitere Nachfrage von Ratsfrau Tadday-Schlichting, ob alle Interessierten aufgenommen werden könnten oder eine Begrenzung der Teilnehmerzahlen bestehe, erläutert Frau Martin, dass die Kurse auf 20 Teilnehmende begrenzt seien. Darüber hinaus werde eine Warteliste geführt.

15.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

15.3. Anfragen

15.3.1. Anfragen von Frau Langs-Blöink

Frau Langs-Blöink erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum Medienentwicklungsplan. Zudem fragt sie, ob eine Erhöhung des Budgets für Lehrmittel- und Softwarelizenzen vorgesehen sei.

Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass aufgrund des noch nicht freigegebenen Haushalts eine zeitnahe Beschaffung von Materialien wichtig sei. In diesem Zusammenhang fragt sie nach den Gründen für den Wegfall von Bestellungen über Amazon sowie nach möglichen Alternativen, da andere Anbieter teilweise deutlich höhere Kosten verursachten.

Außerdem erkundigt sich Frau Langs-Blöink nach dem Sachstand hinsichtlich der Verschattungs- und Verdunkelungsmaßnahmen an der Theodor-Heuss-Realschule mit Blick auf die zunehmenden Belastungen durch Hitzeperioden.

Herr Haarhaus erläutert zum Thema Amazon-Bestellungen, dass insbesondere die Anforderungen an E-Rechnungen und den Rechnungsbau zu Problemen geführt hätten. Zudem bestünden steuerrechtliche und vergaberechtliche Herausforderungen bei der Abwicklung. Die Verwaltung werde geeignete alternative Anbieter benennen.

Herr Melzer teilt mit, dass die erforderlichen Bestandsaufnahmen der Mängel an der Theodor-Heuss-Realschule erfolgt seien. Die Beauftragung weiterer Maßnahmen werde in den kommenden Tagen geprüft.

Herr Diepenbeck erläutert zum Budget für Lehrmittel- und Softwarelizenzen, dass die derzeitigen Mittel für Lehrmittellizenzen vielfach als nicht ausreichend angesehen würden. Die Frage einer möglichen Budgeterhöhung werde geprüft.

Zum Medienentwicklungsplan berichtet Herr Diepenbeck, dass der Abstimmungsprozess zwischen dem Fachdienst Schule und Sport sowie dem Fachdienst Verwaltungsmodernisierung inzwischen erfolgt sei. Das Verfahren befinde sich nun in der Abschlussphase. Der Medienentwicklungsplan solle in der nächsten Sitzung des Schulausschusses als eigener Tagesordnungspunkt vorgestellt werden.

Ratsfrau Tadday-Schlichting nimmt Bezug auf die Diskussionen der vergangenen Sitzungen und den geäußerten Unmut der Elternvertretung des Zeppelin-Gymnasiums hinsichtlich der Digitalisierung und des Glasfaseranschlusses. Sie bittet um Informationen zum weiteren Zeitplan.

Herr Diepenbeck teilt hierzu mit, dass die Umsetzung des Glasfaseranschlusses nach Angaben des Märkischen Kreises bis Juni vorgesehen gewesen sei. Die Maßnahme stehe im Zusammenhang mit entsprechenden Förderprogrammen. Die aktuellen Informationen zum Sachstand sollen der Niederschrift beigelegt werden.

15.3.2. Verabschiedung Herrn Utsch

Unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ verabschiedet der Schulausschuss Herrn Oberstudiendirektor Dieter Utsch anlässlich seines bevorstehenden Eintritts in den Ruhestand.

Herr Utsch ist seit dem 31. August 1992 am Bergstadt-Gymnasium tätig und hat die Schule über mehr als drei Jahrzehnte maßgeblich geprägt. Nach Stationen als Lehrer in Wiesbaden, Siegen und Haiger wechselte er nach Lüdenscheid und unterrichtete am Bergstadt-Gymnasium die Fächer Deutsch und Evangelische Religion.

Im Jahr 1996 wurde er zum Oberstudienrat ernannt. Zum 1. Februar 2008 übernahm er die Funktion des stellvertretenden Schulleiters. Von August 2013 bis August 2014 leitete er die Schule bereits kommissarisch, bevor er im September 2014 zum Schulleiter des Bergstadt-Gymnasiums ernannt wurde.

Mit seinem langjährigen Engagement, seiner fachlichen Kompetenz und seinem Einsatz für die Schülerinnen und Schüler, das Kollegium sowie die Weiterentwicklung des Bergstadt-Gymnasiums hat Herr Utsch die Schullandschaft in Lüdenscheid nachhaltig mitgestaltet.

Der Schulausschuss und die Verwaltung danken Herrn Utsch für seine langjährige und verantwortungsvolle Tätigkeit im Dienst der Stadt Lüdenscheid und wünschen ihm für seinen bevorstehenden Ruhestand alles Gute, Gesundheit und viele erfüllende Jahre. Herr Utsch bedankt sich für die anerkennenden Worte und die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.

gez. R. Ullrich

Vorsitzende

gez. R. Rudolf

Schriftführerin